

Bildungsthemen des Lehrerbundes für den Landestag des ÖAAB

Attraktivierung des Lehrberufs

Ausbildung

Verkürzung der Pädagog*innenbildung:

- Noch vor dem Sommer 2023 müssen die rechtlichen Weichen gestellt werden, damit dieser Start mit Studienjahr 2024/25 möglich ist.
- 3 Jahre Bachelorstudium – 2 Jahre freiwilliges Masterstudium mit entsprechender Gehaltsaufwertung bzw. als Grundlage für weitere Karriereschritte (Schulleitung, Schulqualitätsmanagement, ...), davon ein Teil verpflichtend an der Schule in Form eines Praktikums.

Eine Grundausbildung für Lehrer*innen an der PTS ist dringend notwendig.

Schaffung niederschwelliger Angebote zur Sicherung der Unterrichtsqualität

Im ländlichen Raum gibt es bereits Schulen, an denen es keine geprüften Lehrer*innen gibt, die die Fächer Deutsch, Mathematik oder Englisch unterrichten müssen.

- Erweiterungsstudien für Deutsch, Englisch, Mathematik müssen geschaffen und zugänglich gemacht werden, wenn Lehrer*innen bereits eine Lehramtsausbildung haben und diese Ausbildungen anstreben.

Qualität im Unterricht

Zusätzliche personelle Unterstützung für die Volksschule

In der Primarstufe muss viel mehr Unterstützung entweder in Form von einer Doppelbesetzung oder pädagogischer Assistenz (qualifiziertes Supportpersonal) geschaffen werden.

- Gerade im Schuleingangsbereich klaffen die kognitiven und sozialen Entwicklungen vieler Schüler*innen aufgrund ihrer sozialen Herkunft enorm auseinander. Eine Aufstockung der personellen Ressourcen ist zwingend erforderlich.
- Die Bereitstellung zusätzlicher Stunden muss erfolgen, um autonom am Schulstandort erforderliche Zuteilungen durchführen zu können.

Digitale Grundbildung

- Die Ausstattung der PTS-Lehrer*innen mit Tablets oder anderen portablen Endgeräten muss sichergestellt werden.

Klares Bekenntnis zur leistungsorientierten und sicheren Schule

- Konsequente Maßnahmen für Leistungsverweigerer und gewaltbereite Schüler*innen, um optimale Rahmenbedingungen für gelingendes Lernen zu schaffen.

11./12. Schuljahr:

- Auf Basis der Ergebnisse der bereits eingeleiteten Evaluierung des sonderpädagogischen Förderbedarfs muss österreichweit gemeinsam mit den Schulerhaltern, Bundesländern und Gemeinden den Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf ein 11. und 12. Schuljahr ermöglicht werden.

Support für den Unterricht

- multiprofessionelles Team: höherer Support im psychologischen Bereich für Regelschüler

Administration

Administratives Unterstützungspersonal

- Die auf Bundesebene beschlossene administrative Unterstützung für Schulleiter*innen muss flächendeckend umgesetzt werden!

Effektive Entlastung der Schulen von Verwaltungsaufgaben, Erhebungen, Testungen, etc.,

Verwaltungsaufgaben und administrative Tätigkeiten sind an allen Schulstandorten aller Schularten überbordend und behindern Schulleiter*innen in pädagogischen Belangen. Diese gehen auch zu Lasten von wertvoller Unterrichtszeit.

- Schulen müssen wieder Bildungsstätten werden und können und dürfen nicht mit den vorhandenen Möglichkeiten ausgelagerte Verwaltungseinheiten der Behörden sein.

Aufwertung der Schulleitung, Freispielen von Schul- und Clusterleitungen

- Es müssen dringend finanzielle Anreize für die deutlich gestiegenen Tätigkeitsfelder von Schulleiter*innen und Clusterleiter*innen geschaffen werden.
- Die Kriterien für die Freistellung von Schul- und Clusterleitungen müssen geändert bzw. vereinheitlicht werden.
- Die Freistellung der Schulleitung in PTS muss künftig nicht nach der Anzahl der geführten Fachgruppen erfolgen und nicht, wie derzeit, aufgrund der Gesamtzahl an Klassen. Jede Fachgruppe unterliegt einer eigenen Struktur, einer eigenen Dynamik und bedarf individueller Entwicklung unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten.

Reisekostenrückerstattung

- Die Bereitschaft von Lehrer*innen zur Fort- und Weiterbildung muss durch klare Bekenntnisse der Bildungsbehörden unterstützt und nicht verhindert werden!
- Schulleitungen müssen rechtlich legitimiert werden, Aus- und Fortbildungen anordnen zu können, wenn diese für den Schulstandort erforderlich sind.
- Pädagog*innen im mobilen Dienst müssen realkostendeckende Abgeltungen erhalten.

Zusätzliche Anliegen der PTS

- Es bedarf der medialen Anerkennung und Wertschätzung der Schulart „Polytechnische Schule“ (BD, WKO, Medien, positive Öffentlichkeitsarbeit im Top-Down-Prozess) und ein klares Bekenntnis der Schulbehörden zur Standortsicherung der Polytechnischen Schulen.
- Stundenkontingente müssen bedarfsgerecht gewährleistet werden, damit unterschiedliche Ausbildungen für die diversen Berufe ermöglicht werden können.